

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Der Panafrikanische Gewerkschaftskongreß ' 1

Die Pressestelle des DGB stellt uns den folgenden Bericht zur Verfügung; er basiert auf Informationen eines DGB-Beobachters, der an der Konferenz von Casablanca teilgenommen hat.

Vom 25. bis 30. Mai fand in Casablanca ein Kongreß zur Gründung eines Panafrikanischen Gewerkschaftsbundes (*All African Trade Union Federation*) statt. Initiatoren dieses Kongresses waren der marokkanische Gewerkschaftsbund UMT, ferner die Gewerkschaften von Ghana, Guinea, Mali, Algerien und der Vereinigten Arabischen Republik.

Auffallend war, daß die meisten derjenigen afrikanischen Gewerkschaftsorganisationen, die dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angeschlossen sind, keine Einladung erhalten hatten. Statt dessen waren teilweise rivalisierende bzw. abgespaltene Gruppen aus den betreffenden Ländern eingeladen worden. Vertretern der repräsentativen Organisationen, die trotzdem erschienen waren, wurde der Delegiertenstatus entweder verweigert oder erst am Schluß der Konferenz zuerkannt.

Dieses Vorgehen zeigt, daß hinter dem vorbereitenden Ausschuß für die Gründung des Panafrikanischen Gewerkschaftsbundes andere Kräfte standen, die das Streben der afrikanischen Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit für ihre eigenen Zwecke mißbrauchen wollten. Es handelte sich zweifellos um einen großangelegten Versuch des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes, in Afrika unter neutralistischer Maske Fuß zu fassen. Das

kam auch in den maßlosen demagogischen Angriffen gegen den IBFG zum Ausdruck, die von einer entsprechend dirigierten Gruppe ausgingen. Diese Angriffe mündeten schließlich in der Forderung, daß die bisher dem IBFG angehörenden afrikanischen Gewerkschaften ihren Austritt vollziehen sollen.

Den Spalt der internationalen Gewerkschaftseinheit war allerdings nicht der von ihnen erwartete Erfolg beschieden. Einzig und allein die kleine regionale Gewerkschaftsorganisation der Insel Sansibar erklärte in Casablanca ihren Austritt aus dem IBFG. Die Vertreter der 14 großen Landesorganisationen der beiden Kongostaaten, von Mauritius, Kamerun, Uganda, Nigeria, Njassaland, Sierra Leone, Liberia, Madagaskar, Südrhodesien, Kenya, Tunesien und Somalia nahmen an der Schlußsitzung des Kongresses nicht mehr teil, weil sie die Zielsetzung dieses Kongresses ablehnten. Der Leiter der tunesischen Delegation, *Ahmed Tlili*, hatte vorher mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß der tunesische Gewerkschaftsbund seit über zehn Jahren Mitglied des IBFG sei, stolz darauf wäre und nicht daran denke auszutreten.

Tlili griff gleichzeitig die Staatsgewerkschaften an, die nichts anderes als die Hausmacht bestimmter afrikanischer Politiker wären und die schweigend die Einschränkung ihrer Freiheit hinnehmen würden. Die Forderung nach dem Austritt aus dem IBFG sei nur ein Deckmantel für andere Ziele. Die Tunesier wären aus Prinzip im IBFG, weil dort das Gesetz der Gleichheit aller Gewerkschaften herrsche und er insbesondere für die Rechte der afrikanischen Arbeiter eintrete.

Der nigerische Gewerkschaftsführer *Borha* stellte gleichfalls die Unaufrichtigkeit derjenigen fest, welche die Vertreter des IBFG wegen ihrer internationalen Beziehungen anklagten, selbst aber ständig in Prag, Ost-Berlin, Moskau oder Peking weilten und teilweise von dort direkt nach Casablanca gekommen wären. Es würde sich für die afrikanischen Arbeiter nur nachteilig auswirken, wenn sie sich isolieren, anstatt mit den Arbeitern der anderen Kontinente zusammenzustehen. Auch der Vertreter einer nicht dem IBFG angeschlossenen Gewerkschaftsorganisation — *Alionne* aus Senegal — wandte sich dagegen, aus der Mitgliedschaft zum IBFG eine Grundsatzzfrage zu machen. Er betonte, daß immer noch das Gesetz der Solidarität aller Arbeiter in Europa, Amerika, Asien und Afrika gelte, weil eben die Arbeiter der ganzen Welt gemeinsame Probleme haben.

Diese Stimmen zeigen, daß die besonnenen afrikanischen Gewerkschaftsführer keineswegs gewillt waren, sich in einen Gegensatz zu den Gewerkschaften der freien Welt treiben zu lassen. Tatsache ist, daß auch heute nach dem Kongreß von Casablanca die afrikanischen Gewerkschaften in ihrer Mehrheit — auch der Mitgliederzahl nach — weiterhin der Regionalorganisation des IBFG angehören. Trotzdem ist die Gründung des Panafrikanischen Gewerkschaftsbundes eine ernste Mahnung. Der Osten hat zu einer Machtprobe angesetzt mit dem Ziel, Teile der Arbeiterschaft des Schwarzen Kontinents völlig unter seinen Einfluß zu bringen. Es wird daher verstärkter Anstrengung des IBFG bedürfen, den Panafrikanischen Gewerkschaftsbund vor diesem verhängnisvollen Weg zu bewahren.